

Europapolitisches Positionspapier der CDU-Bergstraße

Die CDU-Bergstraße stärkt ihr europapolitisches Profil. Auf der Grundlage eines europäischen Bürgerdialogs vom 12. November 2016 und eines Beschlusses des CDU-Kreisvorstands vom 10. Januar 2017 positioniert sich die CDU-Bergstraße zu Beginn des Bundestagswahljahrs 2017 als eine Partei, der die europäische Einigung besonders am Herzen liegt.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Krisen und einer Krise der europäischen Identität ist eine neue Vision der europäischen Idee nötig. Eine Vision, die verdeutlicht, dass die Europäische Union nicht nur eine politisch-wirtschaftliche Zweckgemeinschaft ist, sondern eine Gemeinschaft, die sich durch gemeinsame Werte verbunden fühlt. Sie kann eine neue Aufbruchsstimmung erzeugen und muss die Bürgerinnen und Bürger mit einer positiven Emotionalität mitnehmen, um wieder Vertrauen in ihr Handeln zu gewinnen. Dabei darf sie diejenigen, die sich im Nachteil sehen, nicht zurück lassen. Dies gilt besonders für ihr Handeln gegenüber anderen Regionen dieser Welt.

Die Europäische Union braucht eine klare Definition der Verantwortungsbereiche ihres gegenwärtigen und zukünftigen politischen Handelns. Sie muss für die großen Themen unserer Zeit benennen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Nationalstaaten politische Lösungen erarbeiten.

Die Ausgangslage:

Die CDU-Bergstraße stellt fest:

Die europäische Stimmung ist mies. Nationalstaats-Euphorie bestimmt das politische Handeln. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger der EU laufen populistischen Parolen und nationalistischen Parteien hinterher. Regierungen kündigen den europäischen Konsens auf. Steht der weltweit bewunderte und mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete jahrzehntelange Einigungs- und Integrationsprozess auf der Kippe? Ist die europäische Idee noch zu retten? Ist sie überhaupt noch handlungsfähig oder handeln längst andere?

Dabei ist offensichtlich, dass die Europäer nur dann weltweit künftig überhaupt ein Wörtchen mitzureden haben, wenn sie geschlossen auftreten und sich weltweit vernetzen. Sonst versinken sie angesichts neuer globaler Märkte und politischer Zentren in der Bedeutungslosigkeit.

Ein Blick auf die Krisenherde dieser Welt macht deutlich, wie gut es den Europäern geht. Frieden, Freiheit, Stabilität, Wohlstand und das Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten sind Grundpfeiler, auf denen Europa fußt. Europa ist die Antwort auf die Kriege des vergangenen Jahrhunderts. Gleichzeitig ist Europa das Fundament für die Bewältigung der aktuellen und zukünftigen globalen Herausforderungen.

Der Türkei soll eine privilegierte Partnerschaft mit der EU aber keine Mitgliedschaft angeboten werden.

Dabei nervt es oft, wenn die Regierungschefs von Gipfel zu Gipfel eilen und nichts dabei herauskommt oder sich keiner an das hält, was beschlossen wurde. Die EU garantiert zwar, dass Konflikte in Europa am Verhandlungstisch gelöst werden und nicht mehr in Kriegen, aber es gelingt ihr nicht mehr, Bürgerinnen und Bürger mitzureißen. Routine statt Begeisterung.

Dabei könnte sie begeistern. Sie könnte ihre Bürgerinnen und Bürger mitnehmen: Die EU ist ein großer Freiheitsraum. Jeder Bürger der EU kann in jedem anderen EU-Land frei leben, reisen, wohnen, arbeiten, studieren und seine Bürgerrechte nutzen.

Die gemeinsame europäische Währung, der Euro, hat sich als zweitwichtigste internationale Währung nach dem US-Dollar fest etabliert. Der Euro garantiert – selbst in Krisenzeiten – Geldwertstabilität. Außerdem erleichtert der Euro Reisen und Preisvergleiche, spart Umtauschkosten und der deutschen Exportwirtschaft die kostspielige Absicherung von Währungsrisiken.

Der Binnenmarkt ist das größte europäische Erfolgsprojekt. Klare Wettbewerbsregeln sichern leistungsgerechte Preise und hohe technologische Standards. Die EU fördert und gewährleistet einen fairen Wettbewerb und schafft verbrauchergerechte Rahmenbedingungen. Das hat etwa Telefonieren und Reisen preiswerter gemacht und mehr Preistransparenz geschaffen.

Mehr als die Hälfte der deutschen Exporte geht in die EU-Staaten. Der europäische Binnenmarkt sichert dabei in herausragender Weise Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland. Auch europäische Mindeststandards für Arbeitsschutz und Arbeitnehmerrechte schützen Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze.

Das sind Europas Vorzüge. Das ist die Wirklichkeit gewordene europäische Idee der Gründungsväter. Auf dieser Grundlage lassen sich auch die großen Herausforderungen von heute lösen.

Die politischen Forderungen:

Die CDU-Bergstraße fordert:

Die Binnengrenzen offen halten – die Außengrenzen sichern

Der unterschiedliche Umgang der EU-Mitgliedsstaaten mit Geflüchteten zeigt deutlich, wie wichtig es ist, dass die EU in dieser elementaren Frage gemeinsam handelt. Es muss ein europäisches Asylsystem her. Die Geflüchteten müssen fair verteilt werden. Deutschland braucht zudem ein Einwanderungsgesetz, um zu regeln, wer sonst noch kommen darf. Die EU-Außengrenze muss wirksam geschützt werden. Bei nachlassendem amerikanischem Engagement muss die Europäische Union ihre gemeinsame Verteidigung stärken. Frieden, Sicherheit und gemeinsame Verteidigung sind die wichtigsten der großen europäischen Themen.

Freihandeln fördern und Abkommen schließen

Geheimniskrämerei schürt Ängste: genmanipulierte Lebensmittel, Verlust erkämpfter Standards. Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA kann für Europa eine große Chance sein. Freihandel schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Durch TTIP würde der weltweit größte Binnenmarkt mit 800 Millionen Menschen entstehen. TTIP bietet vor allem auch die Chance, unseren hohen westlichen Standards – beispielsweise in den Bereichen Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz – weltweit Geltung zu verschaffen. Damit kann TTIP Vorbildcharakter für andere internationale Abkommen sein. Es steht als Beispiel dafür, wie im 21. Jahrhundert weltweiter Handel zum Wohle aller

organisiert werden kann. Angesichts des Aufstiegs anderer Gestaltungsmächte wie China entscheidet sich am Erfolg oder Scheitern von TTIP nicht zuletzt die Frage, ob Europa beziehungsweise die westlichen Demokratien im 21. Jahrhundert in der Lage sein werden, ihre Standards auch global durchzusetzen oder ob sie in Zukunft die Standards anderer übernehmen müssen.

Gerade das rohstoffarme und exportorientierte Deutschland braucht den Freihandel mehr denn je und muss an Freihandelsabkommen ein großes Interesse haben.

Brexit – Großbritannien gehört zu Europa

Die CDU Bergstraße bedauert den Ausgang des Referendums über den Austritt des Vereinigten Königreichs (VK) aus der EU. Der Austritt aus der EU muss fair verhandelt werden. Vereinbarungen über die weitere Teilnahme des VK am Binnenmarkt und eine Assoziierung mit der Außen- und Sicherheitspolitik der EU sind wünschenswert. Die EU würde ansonsten ihre zweitgrößte Volkswirtschaft und ein außenpolitisches Schwergewicht verlieren. Der liberale, weltoffene Geist der Briten würde Europa ebenso fehlen wie ihre ordnungspolitische Klarheit. Ob dies mit dem Austrittswunsch der Briten vereinbar ist, wird sich zeigen. Es muss ein Gleichgewicht von Rechten und Pflichten geben. Rosinenpickerei darf nicht zugelassen werden.

Die Europäische Union muss zu einer Stabilitätsunion weiter entwickelt werden

Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion muss zu einer Stabilitätsunion werden. Noch sind nicht alle Probleme bereits dauerhaft gelöst worden, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sichtbar geworden sind. So müssen etwa die Regeln des verstärkten Stabilitäts- und Wachstumspaktes durchgesetzt werden. Die Wirtschafts- und Steuerpolitik muss noch stärker vereinheitlicht werden, um allen Bürgerinnen und Bürgern überall in Europa gleiche Chancen zu bieten. Auch bei dieser Thematik gelingt Europa nur gemeinsam. Falsche Rücksichtnahmen der Kommission zahlen sich nicht aus.

Die Menschen sollen der Europäischen Union wieder vertrauen können – gemeinsame Werte verteidigen und Populisten zurückdrängen

Die großen Vereinfacher unserer Zeit müssen wissen, dass ihre simplen Forderungen den komplexen Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht werden: Auch sie müssten verstehen, dass anti-europäische Stimmungsmache die eigenen Zukunftschancen kaputt macht.

Europa und seine Mitgliedsstaaten stehen insgesamt vor großen Aufgaben. Nur von ihren Bürgern bejahte demokratische Mitgliedsstaaten und ein geeintes, bürgernahes Europa sind stark genug, diese Aufgaben zu bewältigen.

Von ganz elementarer Bedeutung ist, dass die Menschen wieder mehr Vertrauen in die EU fassen. Wir müssen Antwort geben auf die Wahrnehmung vieler Bürger Europas, die die EU als abgekoppelt von den eigentlichen Problemen und als Bedrohung ihrer regionalen und nationalen Identität sehen. Dabei ist entscheidend, dass

- die Politiker der Mitgliedstaaten aufhören, zuhause die Beschlüsse zu kritisieren, die sie in Brüssel gefasst haben, und Erfolge für sich beanspruchen und Misserfolge der „EU“ anlasten,
- die Medien ihre Verpflichtung zu objektiver Berichterstattung ernst nehmen,
- die EU- Organe Parlament, Europäischer Rat, Rat und Kommission ihre Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern verbessern, ihre Politik erklären und zum Beispiel erneut eine europaweite Serie von Bürgerkonferenzen durchführen, die an den Sorgen und Ängsten der Bürger anknüpfen.

Wir brauchen eine EU, die vordringlich die Probleme löst, die den Bürgerinnen und Bürgern unter den Nägeln brennen und die nicht von den Mitgliedstaaten gelöst werden können. Nicht jedes Thema in Europa ist allerdings ein Thema für Europa.

Zusammenhalt des politischen Systems der Europäischen Union stärken

Deutschland ist ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union unter 28, die alle die gleichen Rechte und Pflichten haben, aber ein unterschiedliches politisches Gewicht. In Europa geht ohne Deutschland und Frankreich nichts, aber sie können nur anregen, nicht befehlen. Die Entscheidungen der EU sind notwendigerweise Kompromisse, die die Interessen der meisten, möglichst aller Mitgliedstaaten berücksichtigen müssen, aber kaum je alle Interessen eines einzigen Mitgliedsstaates verwirklichen können. Deshalb müssen an die in den europäischen Institutionen tätigen Personen hohe Anforderungen gestellt werden. Politik muss sich personifizieren lassen. Im nächsten Europawahlkampf soll deswegen das Spitzenkandidatenprinzip beibehalten werden.

(Beschluss: 10.01.2017)